

# Auflehnung ist keine Option

In den Tierkliniken der Universität Leipzig sind Doktoranden und Hilfskräfte vom Mindestlohn weit entfernt



»Generell wird mehr gearbeitet, als in den Verträgen steht.« Untersuchung in der Chirurgische Tierklinik Leipzig (Archiv, 2011)

OP-Kittel, Mundschutz, Handschuhe und Operationsbesteck. Ein dezenter Tiergeruch und ein leises Mauzen aus dem Behandlungsraum verraten, dass dies keine gewöhnliche Klinik ist, sondern die hochmoderne Klinik für Kleintiere, eine von insgesamt fünf kurativen Einrichtungen der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig.

Auf einem Metalltisch wartet eine schwarze Katze mit Verdacht auf Parvovirose, eine Viruskrankung, die oft tödlich verläuft. Sollte sie damit infiziert sein, könnte ein Biss von ihr auch

für einen Menschen unangenehme Folgen haben. Zwei Studentinnen halten das fauchende Tier fest, während ihm die junge Tierärztin Blut abnimmt. Ihre Nachtschicht endet am nächsten Morgen zur Visite. Bis dahin wird die diensthabende Ärztin, die noch ihre Doktorarbeit schreibt, 24 Stunden am Stück gearbeitet haben.

»Generell wird mehr gearbeitet, als in den Verträgen steht«, erzählt Isabelle, eine von etwa zwanzig Doktoranden, die an der Kleintierklinik angestellt sind. In Isabelles Vertrag stehen

19 Stunden pro Woche, faktisch arbeitet sie doppelt so viel. Die Stunde werde mit 13,92 Euro entlohnt, doch gerechnet auf die tatsächlich geleisteten Stunden liegt sie unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, der seit Januar gilt. Außerdem bleibt kaum Zeit für die Doktorarbeit. Denn die Doktoranden müssen zusätzlich Wochenend- und Nachtdienste übernehmen – obwohl dies nicht in ihren Verträgen steht. Nachtdienste unter der Woche schließen meist direkt an eine Tagschicht an. Danach gibt es als Ausgleich einen Tag frei, für die Dissertation. »Aber nach einer 24-Stunden-Schicht setze ich mich nicht an den Schreibtisch«, sagt Isabelle, »sondern gehe schlafen.«

Sich gegen die Mehrarbeit, die sich oft negativ auf ihre Promotion auswirkt, aufzulehnen, ist für den Großteil der Doktoranden keine Option. Die Angst, dass der Vertrag beim nächsten Mal nicht verlängert wird, sei groß, weiß Max Rieckmann, der in der Vergangenheit an der Kleintierklinik in Leipzig beschäftigt war und die Umstände kennt. »Niemand würde sich dort trauen zu sagen, ich arbeite nur so viel, wie auf dem Papier steht.« Heute vertritt Rieckmann als Vizepräsident des Bundesverbandes der Veterinärmedizinischen Studierenden Deutschland (BVVD) die Interessen seiner Kommilitonen. »2013 haben wir eine neue Arbeitsgruppe für Doktoranden, Hilfskräfte und Wissenschaftliche Mitarbeiter gegründet, um uns für angemessene Verhältnisse einzusetzen.« Die Reaktion vieler Professoren darauf sei alles andere als überschwänglich gewesen, so Rieckmann weiter; man habe hier offensichtlich in ein Wespennest gestochen (s. Interview unten).

## »In ein Wespennest gestochen«

Leipziger Tiermediziner kämpft für bessere Arbeitsbedingungen

Max Rieckmann studiert Tiermedizin an der Universität Leipzig und ist ehrenamtlicher Vizepräsident des Bundesverbandes der Veterinärmedizinischen Studierenden Deutschland (BVVD). 2013 hat er im BVVD eine Arbeitsgruppe für Doktoranden, Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter mitgegründet.

**kreuzer:** Sie setzen sich für bessere Bedingungen für Studenten und Doktoranden in Uni-Tierkliniken ein. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

MAX RIECKMANN: Wir haben mit der Arbeitsgruppe in ein größeres Wespennest gestochen, als uns anfangs bewusst war. Der Widerstand der Professoren war enorm. Der erste Leiter der Arbeitsgruppe, ein Student aus Gießen, hat hohen Druck erfahren und sich inzwischen aus diesem Ehrenamt verabschiedet.

**kreuzer:** Was war das Problem der Professoren?

RIECKMANN: Die wollten auf jeden Fall vermeiden, dass sich eine Art Gewerkschaft für Doktoranden herausbildet. Die meisten Klinikleiter

können das nicht gebrauchen. Das sind keine bösen Menschen, die nicht zahlen wollen. Aber sie haben keine Mittel und sagen sich, wenn wir es am Laufen halten wollen, müssen wir halt unter den jetzigen Bedingungen weitermachen.

**kreuzer:** Warum begehren denn die Studenten und Doktoranden nicht auf?

RIECKMANN: In der Tiermedizinerschaft fehlt ein wenig das Selbstbewusstsein, das es bei Humanmedizinern gibt. Viele Doktoranden nehmen auch die schlechte Bezahlung hin, weil sie in der Stadt bleiben wollen, in der sie studiert haben, und weil es für wenige Stellen eine hohe Nachfrage gibt.

**kreuzer:** Wie will Ihre Arbeitsgruppe an den Verhältnissen etwas ändern?

RIECKMANN: Wir stehen noch am Anfang, tragen vor allem Informationen zusammen. In Gießen haben wir es geschafft, Stellenkürzungen zu verhindern. Zuweilen kommen Frustrationen auf uns zu, aber immer nur versteckt. Die haben Angst, in ihrer Klinik Stress zu

bekommen oder ihre Stelle sogar zu verlieren.

**kreuzer:** Ist diese Angst denn berechtigt?

RIECKMANN: Es ist ein festgefahrenes System. Niemand würde sich, soweit ich das einschätzen kann, bei uns an der Leipziger Kleintierklinik trauen zu sagen: Ich arbeite nur so viel, wie ich auf dem Papier angestellt bin. Schon beim Unterschreiben des Vertrages bekommt man gesagt: Ihr werdet für 19 Stunden angestellt, aber es ist völlig normal, dass ihr Vollzeit arbeitet. Und das fängt nicht erst bei den Doktoranden an, sondern schon bei den Hilfsassistenten-Stellen für Studenten.

**kreuzer:** Das klingt nach einem Teufelskreis.

RIECKMANN: Ja, und leider sind diese Stellen die einzige Möglichkeit, vernünftige praktische Erfahrungen während des Studiums zu sammeln. Außerdem wird immer argumentiert, dass man am Anfang noch nichts kann und deshalb auch nicht so viel Gehalt fordern kann. Hier müssten wir alle selbstbewusster werden.

INTERVIEW: INES EISELE UND MARIE LANDES

In der Gewerkschaft Verdi ordnet man die Mehrarbeit so ein: »Wenn Doktoranden regelmäßig 40 Stunden statt der vertraglich geregelten 19 Stunden arbeiten, entsteht dadurch faktisch ein neuer Vertrag, ein Vollzeitverhältnis«, erklärt Matthias Neis, bei Verdi für Wissenschaft und Forschung zuständig. »Die Doktoranden müssten dies über einen gewissen Zeitraum dokumentieren und könnten dann mit Aussicht auf Erfolg klagen.« Doch wo kein Kläger, da kein Richter.

Besonders pikant: Für zusätzliche Bereitschaftsdienste am Wochenende bekommen Doktoranden wie Isabelle Pauschalbeträge von 45 bis 50 Euro – bar auf die Hand oder überwiesen. Eine Quittung habe sie dafür noch nie bekommen, sagt Isabelle. Sie muss die Beträge deshalb auch nicht versteuern. Allerdings ist sie während dieser Zusatzschichten auch nicht versichert. »Wenn ein Unfall passiert«, erzählt sie, »wird etwas von Arbeitszeitverschiebung geschrieben, man wird jedenfalls nicht hängen gelassen.«

Eine Praxis, die Manuela M. Gerhard, Fachwältin für Arbeitsrecht in Leipzig, sehr kritisch sieht, da es sich um Versicherungsbetrug handeln könne. »Sollte die Klinik tatsächlich keine Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer abführen, handelt es sich um Schwarzarbeit.« Ein Bereitschaftsdienst, der nicht überwiegend schlafend, sondern arbeitend verbracht wird, zähle als Arbeitszeit und sei zu vergüten.

Nicht nur bei den Doktoranden, auch bei den studentischen Hilfskräften biegen sich die Tierkliniken offenbar die geltenden Regelungen zurecht. »Wir werden für rund 12 Stunden pro Monat bezahlt, aber allein eine Schicht dauert 15 Stunden«, sagt Studentin Britta\*, die an der Tierklinik für Pferde und Klauentiere arbeitet. Im Monat kommt sie auf rund 90 Arbeitsstunden und ist damit weit vom Mindestlohn entfernt. Britta stört das wenig, denn sie macht den Job nicht für das Geld, sondern um praktische Erfahrungen zu sammeln. Zudem gebe es andere Gegenleistungen für ihre Arbeit, zum Beispiel einen Klauenpflegekurs, für den sie sonst 500 Euro zahlen müsste.

Ihr Kommilitone Peter\* sieht das ähnlich. Beschäftigt als Hilfskraft an der Tiermedizinischen Klinik für Geburtshilfe, kommt auch er auf mehr als 80 Stunden im Monat. »Vor der Vertragsunterzeichnung war jedem von uns klar, wie viel er arbeitet und wie viel er bezahlt bekommt.«

So stößt man unter den Studenten trotz schlechter Bezahlung und wenig Freizeit kaum auf Unzufriedenheit. »Uns ist klar, dass es illegal ist, wenn die Klinik uns keinen Mindestlohn zahlt«, sagt Britta. Es sei aber einfach nicht genug Geld da, um die seit Anfang des Jahres geltenden Regelungen umzusetzen, ohne dass Stellen gekürzt werden müssten. Da das Arbeitsklima und die Betreuung durch die Professoren insgesamt sehr gut seien, würden Abstriche bei der Bezahlung eben in Kauf genommen. Anwältin Gerhard sieht dennoch die Professoren in der Pflicht. »Wer wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte ausbeutet, kann sich strafbar machen.«

Konfrontiert mit den Ergebnissen der Recherche, dementiert der Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät, Professor Manfred Coenen, schriftlich. Es stimme nicht, dass studentische Hilfskräfte länger arbeiteten als vertraglich

vorgesehen. »Da die Bestimmungen zum Mindestlohn umgesetzt werden, wird es diese Konstellation auch nicht geben können.« Gegen diese Aussage steht die Information aus internen Kreisen, dass nur wenige Tage nach Coenens Dementi ein Treffen zwischen Dekanat und studentischen Hilfskräften stattgefunden haben soll. Dort sei besprochen worden, wie die gesetzlichen Regelungen zukünftig eingehalten werden könnten.

### »Uns ist klar, dass es illegal ist«

Was die halben Stellen der Doktoranden betrifft, greifen laut Coenen hier die Bestimmungen zum Mindestlohn nicht. »Aufgrund des zeitlichen Volumens dieser Verträge unterliegen die Anstellungen nicht der neuen rechtlichen Bestimmung zum Mindestlohn. Die zeitliche Profilierung der Tätigkeit des Doktoranden bzw.

der Doktorandin obliegt der Absprache zwischen den Betreuerinnen und Betreuern sowie Doktorandinnen und Doktoranden.«

Zum Versicherungsschutz der Doktoranden bei ihren Wochenenddiensten erklärt Coenen: »Sofern sich Doktorandinnen und Doktoranden ordnungsgemäß immatrikulieren, genießen sie auch als Promotionsstudenten Studentenstatus und sind ohne Einschränkung versichert.«

Allerdings ist Doktorandin Isabelle, genau wie ein Großteil ihrer Kollegen, gar nicht an der Universität eingeschrieben. Grund: »Für uns bedeutet das nur Mehrkosten und kaum Vorteile.«

VON SELINA BÖLLE, INES EISELE, MARIE LANDES UND ANIKA REKER

\*Namen von der Redaktion geändert

Anm. d. Red.: Die Autorinnen boten diesen Text zunächst der Leipziger Volkszeitung (LVZ) zur Veröffentlichung an. Dort weigerte man sich aufgrund massiver Bedenken, den Text abzudrucken. Einiges deutet darauf hin, dass juristische Schritte gegen die LVZ befürchtet wurden.

125 x 172  
GRASSI